

Antrag auf Einkommensorientierte Zusatzförderung (EOZF)



Landeshauptstadt München
Sozialreferat
Amt für Wohnen und Migration

Der Antrag muss **nicht persönlich** abgegeben werden.
Einsendung per Post an:

Amt für Wohnen und Migration
Einkommensorientierte Zusatzförderung
Werinherstraße 89
81541 München

Telefonische Auskünfte unter 233-49188

- Montag bis Mittwoch: 8 bis 16 Uhr
- Donnerstag: 8 bis 17 Uhr
- Freitag: 8 bis 13 Uhr

Persönliche Vorsprachen nur mit Termin.

Bitte vereinbaren Sie Ihren Termin telefonisch oder
über das Kontaktformular unter
www.muenchen.de/eozf-kontakt



S-Bahn: S 3 und S 7 Bahnhof St.-Martin-Straße oder Bahnhof Giesing, U-Bahn: U 2 und U 7 Bahnhof Giesing,
Bus: Linie 54 Haltestelle Ungsteiner Straße, Tram: Linie 18 Haltestelle Werinherstraße

① Bitte beachten Sie:

Dieses Formular kann digital ausgefüllt werden. Aktivieren Sie dazu die Bearbeitungsfunktion in Ihrem PDF-Reader.

Hinweis zur Online-Antragstellung:

Sie können diesen Antrag auch einfach und bequem online stellen und mit allen erforderlichen Unterlagen an das Amt für Wohnen und Migration senden. Gehen Sie dazu auf

www.muenchen.de/eozf-antrag

und lassen Sie sich durch das leicht verständliche Programm führen.



Die Unterlagen werden eingescannt; daher bitte **keine Heftklammern** verwenden. Nachweise bitte **ausschließlich als Kopie** beilegen. Dieses PDF-Dokument enthält eine Formularfunktion und kann direkt am Computer ausgefüllt werden.

1. Wohnungs- und Meldedaten

Als Nachweis ist zwingend eine Kopie des **Mietvertrages** für die geförderte Wohnung beizufügen.

Straße, Hausnummer: _____

Postleitzahl: Ort: _____

Telefon (freiwillig): _____

E-Mail (freiwillig): _____

2. Angaben zu allen Personen, die in der Wohnung wohnen

Vorliegen einer Schwangerschaft, Schwerbehinderung oder Kindergeldbezug bitte ankreuzen und Nachweise beifügen.

Wurde eine Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft innerhalb der letzten 7 Jahre geschlossen, bitte Nachweise beifügen.

Schul- und Universitätsbesuche sind durch Nachweise zu belegen (Schulbestätigung, Immatrikulationsbescheinigung).

Name	Vorname	Geburtsdatum	Familienstand / Familienstand seit	Sonstiges
Antragssteller*in				☐ Schwangerschaft ☐ Schwerbehinderung ☐ Kindergeldbezug
1. Mitbewohner*in				☐ Schwangerschaft ☐ Schwerbehinderung ☐ Kindergeldbezug
2. Mitbewohner*in				☐ Schwangerschaft ☐ Schwerbehinderung ☐ Kindergeldbezug
3. Mitbewohner*in				☐ Schwangerschaft ☐ Schwerbehinderung ☐ Kindergeldbezug
4. Mitbewohner*in				☐ Schwangerschaft ☐ Schwerbehinderung ☐ Kindergeldbezug
5. Mitbewohner*in				☐ Schwangerschaft ☐ Schwerbehinderung ☐ Kindergeldbezug

Für weitere Personen bitte gesondertes Blatt verwenden.

3. Änderungen

Dieser Punkt ist **nur** im Falle eines Änderungsantrags auszufüllen. Wenn Sie bereits der Einkommensstufe I zugeordnet sind, ist **kein** Änderungsantrag erforderlich.

Es sind **ausschließlich** Verringerungen des Haushaltseinkommens, Änderungen der Personenanzahl des Haushaltes oder neu vorliegende Eheschließungen oder Schwerbehinderungen anzugeben. Entsprechende Nachweise sind beizulegen.

Name	Vorname	Änderungsgrund	Änderungszeitpunkt
Antragssteller*in			
1. Mitbewohner*in			
2. Mitbewohner*in			
3. Mitbewohner*in			
4. Mitbewohner*in			
5. Mitbewohner*in			

Für weitere Änderungen bitte gesondertes Blatt verwenden.

4. Bankverbindung

Die Auszahlung der EOZF erfolgt auf das Konto des / der

- ☐ Mieter*in
- ☐ Vermieter*in (bitte immer Abtretungserklärung beifügen)
- ☐ Sonstige Person (bitte immer Einverständniserklärung beifügen)

Name Kontoinhaber*in: _____

Bitte (auch bei Wiederholungs- und Änderungsanträgen) vollständig ausfüllen, da ansonsten keine Auszahlung möglich ist.

BIC (8 oder 11 Zeichen) – nur bei Auslandsüberweisungen notwendig.

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

IBAN (22 Zeichen)

D	E																			
---	---	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Name der Bank oder Sparkasse: _____

5. Angaben zum Einkommen

Bitte kreuzen Sie bei **allen Personen** jeweils **alle zutreffenden Einkommensarten** an und legen Sie für **alle** Einkommen entsprechende Nachweise vor. Bei fehlenden Nachweisen erfolgt eine **Ablehnung** des Antrags.

Sofern vorgelegte Nachweise, neben den erforderlichen Angaben, weitere personenbezogene Daten enthalten (zum Beispiel Konfession, Parteispenden oder personenbezogene Daten Dritter), können Sie diese schwärzen.

Nachweise sind zum Beispiel:

- Gehaltsabrechnungen der **letzten 3 Monate** mit Sonderzahlungen, Urlaubs-/ Weihnachtsgeld oder Verdienstbescheinigung
- Aktuelle Bescheide über Leistungen nach SGB II, SGB XII, Arbeitslosengeld, BAföG, Rentenbescheide, Elterngeldbescheid
- Steuerbescheide (bei Selbständigen sowie bei Kinderbetreuungskosten und erhöhten Werbungskosten)
- Unterhaltsvereinbarung und Kontoauszüge über Unterhaltszahlungen der letzten 6 Monate
- Beitragsbescheinigungen privater Kranken- und Rentenversicherungen (**nur** bei nicht sozialversicherungspflicht. Personen)

Name	Vorname	Zutreffende Einkommensarten
Antragssteller*in		☐ Lohn / Gehalt ☐ Jobcenter (SGB II) ☐ Rente / Pension ☐ Jugendhilfe ☐ Weihnachts-/Urlaubsgeld ☐ Grundsicherung (SGB XII) ☐ Elterngeld ☐ Krankengeld ☐ Minijob ☐ Arbeitslosengeld (ALG I) ☐ BAföG ☐ Unterhalt ☐ kein Einkommen ☐ Gewinn (Selbständige) ☐ anderes Einkommen ☐ Wohngeld
1. Mitbewohner*in		☐ Lohn / Gehalt ☐ Jobcenter (SGB II) ☐ Rente / Pension ☐ Jugendhilfe ☐ Weihnachts-/Urlaubsgeld ☐ Grundsicherung (SGB XII) ☐ Elterngeld ☐ Krankengeld ☐ Minijob ☐ Arbeitslosengeld (ALG I) ☐ BAföG ☐ Unterhalt ☐ kein Einkommen ☐ Gewinn (Selbständige) ☐ anderes Einkommen ☐ Wohngeld
2. Mitbewohner*in		☐ Lohn / Gehalt ☐ Jobcenter (SGB II) ☐ Rente / Pension ☐ Jugendhilfe ☐ Weihnachts-/Urlaubsgeld ☐ Grundsicherung (SGB XII) ☐ Elterngeld ☐ Krankengeld ☐ Minijob ☐ Arbeitslosengeld (ALG I) ☐ BAföG ☐ Unterhalt ☐ kein Einkommen ☐ Gewinn (Selbständige) ☐ anderes Einkommen ☐ Wohngeld
3. Mitbewohner*in		☐ Lohn / Gehalt ☐ Jobcenter (SGB II) ☐ Rente / Pension ☐ Jugendhilfe ☐ Weihnachts-/Urlaubsgeld ☐ Grundsicherung (SGB XII) ☐ Elterngeld ☐ Krankengeld ☐ Minijob ☐ Arbeitslosengeld (ALG I) ☐ BAföG ☐ Unterhalt ☐ kein Einkommen ☐ Gewinn (Selbständige) ☐ anderes Einkommen ☐ Wohngeld
4. Mitbewohner*in		☐ Lohn / Gehalt ☐ Jobcenter (SGB II) ☐ Rente / Pension ☐ Jugendhilfe ☐ Weihnachts-/Urlaubsgeld ☐ Grundsicherung (SGB XII) ☐ Elterngeld ☐ Krankengeld ☐ Minijob ☐ Arbeitslosengeld (ALG I) ☐ BAföG ☐ Unterhalt ☐ kein Einkommen ☐ Gewinn (Selbständige) ☐ anderes Einkommen ☐ Wohngeld
5. Mitbewohner*in		☐ Lohn / Gehalt ☐ Jobcenter (SGB II) ☐ Rente / Pension ☐ Jugendhilfe ☐ Weihnachts-/Urlaubsgeld ☐ Grundsicherung (SGB XII) ☐ Elterngeld ☐ Krankengeld ☐ Minijob ☐ Arbeitslosengeld (ALG I) ☐ BAföG ☐ Unterhalt ☐ kein Einkommen ☐ Gewinn (Selbständige) ☐ anderes Einkommen ☐ Wohngeld

Für weitere Personen bitte gesondertes Blatt verwenden.

6. Datenschutzrechtliche Hinweise zu Ihren Informationsrechten und Erklärungen

Erhebung von Daten bei der betroffenen Person nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Datenschutz beim Antrag auf

Einkommensorientierte Zusatzförderung nach den jeweils gültigen Wohnraumförderungsbestimmungen (WFB).

6.1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Um Ihren Antrag auf Zusatzförderung bearbeiten zu können, benötigen wir von Ihnen personenbezogene Daten, welche im Zuge der Antragsbearbeitung verarbeitet werden. Grundsätzliche Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <https://www.muenchen.de/rathaus/Kontakt/Impressum.html#datenschutz>

6.2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landeshauptstadt München

Sozialreferat

Amt für Wohnen und Migration

Werinherstraße 89

81541 München

Telefon: +49 (0) 89 233 49188

Kontakt: www.muenchen.de/eozf-kontakt

6.3. Kontaktdaten der behördlichen Datenschutzbeauftragten:

Landeshauptstadt München

Behördliche Datenschutzbeauftragte

Marienplatz 8

80331 München

E-Mail: datenschutz@muenchen.de

6.4. Rechtsgrundlagen und Hinweise zur Datenverarbeitung:

Ihre Daten werden erhoben, um die Höhe Ihres nach den Vorschriften des Wohnungsbindungsrechts bereinigten Einkommens festzustellen. Soweit im Einzelfall erforderlich oder wirksam erhoben, werden folgende personenbezogene Daten verarbeitet:

- Familienname, Vorname(n), Geburtsname/-datum, Geschlecht, Familienstand
- Beruf, Einkommensart/-höhe, Bezug von Sozialleistungen
- bisherige und künftige Wohnanschriften, Telefonnummer, E-Mail-Adresse
- Feststellung einer Schwerbehinderung/eines Pflegegrads
- Name und Kontaktdaten eines gesetzlichen oder bevollmächtigten Vertreters

Rechtsgrundlagen für die Datenerhebung ist Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c DSGVO in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 3 Satz 3 des Bayerischen Wohnungsbindungsgesetzes und Artikel 21 des Bayerischen Wohnraumförderungsgesetzes.

6.5. Empfänger der personenbezogenen Daten

Die für die Bearbeitung Ihrer Angelegenheit notwendigen Unterlagen werden an die zuständigen Mitarbeiter*innen des Amtes für Wohnen und Migration weitergeleitet. Im Rahmen der Antragsbearbeitung ist eine EDV-gestützte Verarbeitung Ihrer Daten zur Berechnung des Einkommens erforderlich. Sie können anonym, das heißt ohne Namen, Anschrift und Bescheidnummer für statistische Zwecke verwendet werden und zur Auswertung an wissenschaftliche Institute weitergegeben werden. Der Vermieter wird über die Tatsache der Zusatzförderung informiert. Die Höhe der Förderung wird ihm jedoch nur bekannt gegeben, wenn sie an ihn ausgezahlt wird. Falls Sie Hilfen vom Sozialreferat oder des Jobcenters in Anspruch nehmen, werden diese Dienststellen über die gewährte Zusatzförderung informiert. Name, Vorname und IBAN werden an die Stadtkasse zur Auszahlung der EOZF weitergegeben.

6.6. Quelle der Daten (Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe f DSGVO)

Zur Bearbeitung Ihres Antrags erforderliche Auskünfte und Unterlagen werden ausnahmsweise auch bei anderen Stellen eingeholt. Sie sind insbesondere darüber informiert, dass das Amt für Wohnen und Migration

- mittels Datenfernverarbeitung beim Kreisverwaltungsreferat, **Einwohnermeldedatei**, Angaben über die persönlichen Verhältnisse, Zahl und Familienstand aller Haushaltsmitglieder, Meldezeiten in den angegebenen Wohnungen abfragt
- in Zweifelsfällen bei **Finanzbehörden** und **Arbeitgebern** Auskünfte über Ihr Einkommen einholt
- bei **Sozialbürgerhäusern/Amt für Soziale Sicherung/Jobcenter** und **Agentur für Arbeit** Auskünfte über Ihr Einkommen einholt

6.7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten:

Ihre Daten werden nach der Erhebung 10 Jahre bei der Landeshauptstadt München gespeichert.

6.8. Betroffenenrechte:

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Da Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet werden, haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Artikel 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Artikel 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Artikel 17, 18 und 21 DSGVO).

Auf <https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Datenschutzbeauftragter.html> finden Sie weitere Informationen. Ihr Anliegen richten Sie an das zentrale Mail-Postfach betroffenenrechte@muenchen.de. Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Direktorium, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

6.9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Landeshauptstadt München benötigt Ihre Daten, um antragsgemäß die Höhe Ihres nach den Vorschriften des Wohnungsbindungsrechts bereinigten Einkommens festzustellen. Wenn Sie die erforderlichen personenbezogenen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

6.10. Daten Dritter Personen

Sofern Sie selbst im Rahmen der Antragstellung Daten Dritter übermitteln, geht die Landeshauptstadt München davon aus, dass Ihnen das Einverständnis dieser Personen zur Weiterverarbeitung der Daten vorliegt.

6.11. Bevollmächtigung

Alle in Nummer 2 des Antrages genannten volljährigen Personen bestellen sich gegenseitig als Bevollmächtigte im Sinne von Artikel 14 Absatz 1 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes.

7. Unterschrift

Bestätigung

Hiermit bestätige ich, dass ich bevollmächtigt bin, für alle unter Punkt 3. aufgeführten Personen den Antrag auf Einkommensorientierte Zusatzförderung (EOZF) zu stellen.

Ich bestätige, dass die gemachten Angaben vollständig und korrekt sind.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller*in oder gesetzliche bzw. bevollmächtigte Vertretung